

MV Fulda 27./28.11.2018

## Erklärung der AKSB-Mitgliederversammlung in Fulda am 27./28.11.2018

---

### **Menschenwürde und Demokratie stärken – Rassismus widersprechen Aktuelle Herausforderungen für die politische Bildungsarbeit in katholisch-sozialer Verantwortung**

#### **Bedrohung von Demokratie und Vielfalt**

Die AKSB verfolgt mit Sorge die gesellschaftliche und politische Entwicklung der letzten Jahre in Deutschland, Europa und weltweit. Menschenfeindliche und demokratiefeindliche Positionen dominieren wieder Talkrunden, Diskussionsveranstaltungen und Diskurse in den sozialen Medien und haben Erfolge in den Parlamenten. Die Ursachen sind vielschichtig, die Folgen gravierend: Sicher geglaubte demokratische Errungenschaften werden in Frage gestellt, verheilte - oder verheilt geglaubte - Wunden aufgerissen. Das Ausmaß gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist weiterhin hoch. Konkret bedeutet dies für Betroffene im Alltag Diskriminierungserfahrungen bis hin zu physischer Gewalt. Sachliche Debatten werden durch konstruierte Angstszenerien überlagert, drängende Gerechtigkeitsfragen treten angesichts weniger, dominierender Themen in den Hintergrund. Differierende Haltungen zu Geflüchteten, dem Islam, zu Geschlechtervielfalt und dem Klimawandel führen zu Diskussionen in Familien und Freundeskreisen, in Belegschaften und Kirchengemeinden. Es gibt zunehmend die Tendenz, dass um des scheinbaren Friedens willen das Politische kurzerhand ausgeklammert wird – ein Alarmzeichen für eine lebendige Demokratie.

#### **Die AKSB unterstützt Bündnisse für eine offene und gerechte Gesellschaft**

Gleichzeitig begrüßt die AKSB das breit getragene zivilgesellschaftliche und kirchliche Engagement und das öffentliche Bekenntnis hunderttausender Menschen, vieler Verbände und prominenter Einzelpersonen für eine offene und demokratische Gesellschaft. Hier schließt sich die AKSB mit dieser Erklärung an. Die Anstrengungen zur Verwirklichung der Vision einer gerechten Gesellschaft, zu der die AKSB mit ihrer katholisch-sozial orientierten politischen Bildung beitragen möchte, setzen hier an.

#### **Politische Bildung unter Druck**

Die eingangs skizzierte Entwicklung macht auch vor der schulischen und außerschulischen Bildung in Deutschland nicht Halt. Die AKSB kritisiert jüngste Versuche, Lehrende an Schulen und Hochschulen einzuschüchtern und Träger der außerschulischen politischen Bildung durch die Verpflichtung auf ein falsch verstandenes staatliches Neutralitätsgebot einschränken zu wollen. Diese Institutionen haben über Jahrzehnte bewiesen, dass sie professionelle und qualitative Bildungsmaßnahmen mit zeitgemäßen didaktischen Ansätzen für alle Zielgruppen bieten können. Die Förderung einer vielfältigen Trägerlandschaft hat sich bewährt. Politische Bildung muss unabhängig bleiben und ihre Vielfalt langfristig gesichert werden.

#### **Die AKSB befähigt zur Verantwortung**

Die AKSB bekennt sich zu ihrer Verantwortung gegenüber der freiheitlichen Demokratie in Deutschland. Auf Basis des christlichen Menschenbildes und der christlichen Sozialethik verpflichtet sich die AKSB dazu, mit ihrer Expertise sowie ihren zahlreichen und breit

---

gefächerten Veranstaltungen und Projekten der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung noch intensiver auf eine gerechte Gesellschaft und die personale Gleichheit des Menschen hinzuwirken und unternimmt dabei die folgenden Anstrengungen:

1. Partizipation stärken: Demokratie lebt vom Engagement ihrer Bürger/-innen. Die AKSB will das Lernen von Partizipationsmöglichkeiten verstärken und auf den Abbau von Hürden bei der Teilhabe spezifischer Zielgruppen hinwirken.
2. Internationale Begegnung ausbauen: Jugendbegegnung über nationale Grenzen hinweg fördert Verständigung und schafft politische Identitäten. Europa ist ein Wert und eine Chance. Die AKSB bekennt sich zu Europa und will diese Begegnungsformate ausbauen.
3. Sachthemen fokussieren: Armut, Wohnungsnot, Pflegenotstand und Rente – diese und weitere Themen sind seit einigen Jahren in den Hintergrund getreten oder werden beim Agenda-Setting mit Asyl- und Migrationsfragen vermischt – das möchte die AKSB mit ihrer Themensetzung wieder ändern.
4. Globale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellen: Der globale Norden trägt Mitverantwortung für wirtschaftliche Abhängigkeiten, Umweltverschmutzung und kriegerische Auseinandersetzung in vielen Regionen des globalen Südens. Menschenrechtsverletzungen sind die Folge, Fluchtursachen werden geschaffen. Die AKSB will die globalen Zusammenhänge in ihren Bildungsmodulen noch stärker thematisieren und Handlungsmöglichkeiten erarbeiten.
5. Menschenwürde konsequent schützen: Teilnehmende von Bildungsveranstaltungen dürfen nicht rassistischer oder sonstiger Agitation ausgesetzt sein. Die AKSB entwickelt deshalb eigene Leitlinien für den Umgang mit Vertreterinnen und Vertretern von Bewegungen, die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit propagieren.

Menschenverachtende und demokratiefeindliche politische Positionen sind mit dem christlichen Menschenbild unvereinbar. Die AKSB tritt mit ihren Bildungsveranstaltungen entschieden ein für den Schutz von Demokratie und Menschenwürde. Sie will mit ihrer Bildungsarbeit dazu beitragen, dass Menschen in ihrer Verschiedenheit Deutschland als Heimat und einen Raum der Solidarität erfahren und aus dieser Kraft gesellschaftliche Verantwortung übernehmen können.